

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

125/25

MOÇAMBIQUE

Wahlfälschung,
Proteste, Gewalt

NAMIBIA

Nachruf Sam Nujoma

USA-SÜDAFRIKA

Trump, Musk & Co.

ENERGIEWENDE

Südafrika: Fossilwirtschaft in Diskussion



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten auf Anfrage)**
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-. Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Seminar der Österreichischen Namibia-Gesellschaft

Grundsicherung in Namibia

Soziale und wirtschaftliche Aspekte 35 Jahre nach der Unabhängigkeit

Ort: Wiener Bildungsakademie
(Wien 2., Praterstraße 25A [U1 Nestroyplatz])

FR 9. Mai 2025, 18.00 Uhr

Liveschaltung nach Windhoek: Naita Hishoono, Namibian Institute of Democracy (in Deutsch), anschließend Möglichkeit zum Plaudern mit Drinks und Snacks.

SA 10. Mai 2025, 10.00 bis 17.00 Uhr

Workshop mit Herbert Jauch (in Deutsch): Ungleichheit in Namibia und ihre internen und externen Ursachen (Nachwirkungen von Kolonialismus/Apartheid, fehlende Struktur-reformen, neoliberale Wirtschafts- und Steuer-politik, Korruption; internationale Einflüsse); Kampf der Gewerkschaftsbewegung und der Zivilgesellschaft allgemein um soziale Gerechtigkeit; alternative wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte.

16.00 Uhr Live-Schaltung nach Windhoek:

Rinaani Musutua, Economic and Social Justice Trust: Hoffnungen – Erwartungen – Forderungen der Jugend (in Englisch)

18. Juli 2025
17.00 Uhr
**Nelson
Mandela
Tag**

Leserbrief

zu INDABA 124/24:

This is to express profound thanks to the editorial team of Indaba, especially for the latest edition. There is so much valuable current news and interpretation in it, that even I as an African, glean information that would not otherwise have reached me. Thank you all.

Horst Kleinschmidt (Cape Town)

Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 813176558) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an:
Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk,
Dr. Astrid Esterlus, Nina Herzog-Hawelka MA,
Helena Hornung MA, Dr. Jakob Krameritsch,
Alexander Kupfer, Mag. Peter Kuthan,
Dr. Johann Murauer, Dr. Birgit Reiter,
Univ. Prof. Dr. Walter Sauer.

3 Moçambique: Neuer Präsident – alte Krise

Regierung setzt auf Gewalt gegen Proteste.
Von Hemma Tengler



Häftlinge als Spielball der Politik 4

Illegaler Bergbau am Witwatersrand 9

11 Sam Shafiishuna Nujoma verstorben

Ein Nachruf von Henning Melber

Trump und Musk gegen Südafrika 14

16 Energiekrise in Zambia

im Schatten von El Niño

20 Fossile Brennstoffe im Disput

Südafrika im Spiegel der Forschung

(Anti-) Kolonialismus im Buch 21

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1070 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Mimi Amaichigh, Joe Hanlon, Nina Herzog-Hawelka, Simon Loidl, Henning Melber, Walter Sauer, Monika Maria Steiner, Hemma Tengler, Karin Wehrheim (ARD). **Fotos:** Mimi Amaichigh, Stefan Fischer, Walter Sauer, UNFPA Mozambique, www, Xinhua. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. März 2025. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Liebe Leserinnen und Leser!

Einen brisanten Fragebogen verschickte Mitte Februar die US-amerikanische Botschaft in Windhoek an die namibischen Zeitungsverlage. Auf Weisung des State Department müsse sichergestellt werden, daß künftige Ausgaben mit den politischen Prioritäten der neuen Regierung in Einklang stünden. Ob die Berichterstattung mit dem Ziel übereinstimme, wurde gefragt, „Amerika sicherer, stärker und wohlhabender zu machen sowie die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Arbeitskräfte zu gewährleisten und seine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen?“

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

Und: Ob die Verlage oder ihre Dienstleistungen „mit den folgenden Unternehmen verbunden sind: The Economist, The New York Times, Politico, Bloomberg News Feed, Associated Press oder Reuters?“ – alles Medien in der Schußlinie von Präsident Trump. Anderenfalls, so die Botschaft, könnten Geschäftsverbindungen (wie Inserate oder Abonnements) nicht weitergeführt werden...

Bekannt wurde der Skandal durch den Herausgeber der namibischen Tageszeitung *The Namibian*, Tangeni Amupadhi, der am 23. Februar scharf protestierte und das Ansinnen, die Ausrichtung der Berichterstattung wegen US-amerikanischer Inserate zu ändern, zurückwies. „Unser Journalismus läßt sich nicht von der Agenda der US-Regierung diktieren,“ so Amupadhi. „Unsere Arbeit basiert auf den Prinzipien der Pressefreiheit und eines guten, unabhängigen Journalismus“.

Ähnlich reagierten die stellvertretende Herausgeberin des *Windhoek Observer*, Ester Mbathera, und Zoe Titus, Direktorin der *Namibia Media Trust Foundation*: „Wenn eine mächtige Regierung beginnt, die Ausrichtung unabhängiger Medien aufgrund ihrer eigenen nationalen Interessen in Frage zu stellen, sendet sie eine gefährliche Botschaft aus – nämlich daß Journalismus nur dann unterstützt werden sollte, wenn er bestimmten politischen oder strategischen Zielen entspricht. Dieser Schritt der Botschaft löst Besorgnis aus, da er ernste Fragen zur Pressefreiheit und zur Unabhängigkeit des Journalismus aufwirft.“

Mutig und konsequent, wie die Kolleg/inn/en in Namibia gegen Zensurversuche und für Pressefreiheit eintreten! Bleibt nur die Frage, ob auch österreichische Medien von der US-Botschaft derartige E-Mails erhalten haben? Und wenn ja, wie sie darauf reagieren?



Tangeni Amupadhi

Walter Sauer

Moçambique in der Krise

Wahlen, deren Ergebnis wir nie kennen werden

Am 9. Oktober 2024 fanden in Moçambique die siebten Präsidenten- und Nationalratswahlen statt. Die Bekanntgabe der Ergebnisse des Siegs der Regierungspartei Frelimo führte zu Generalstreik, Straßenblockaden und Manifestationen im ganzen Land, die sich nach der Bekanntgabe des Endergebnisses durch den Verfassungsrat am 23. Dezember nochmals verstärkten. Moçambique brannte. 400 Tote, 4.000 Verhaftungen, 3.000 Verletzte. Der neue Präsident, Daniel Chapo, ist im Amt. Die politische und soziale Krise bleibt. Hemma Tengler berichtet.

Die fragwürdigen Wahlergebnisse waren lediglich der Auslöser eines landesweiten Aufstands. Dieser ist das Resultat lange schwelender Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem herrschenden System und nicht erfüllten Versprechen. Das letzte Jahrzehnt war für Moçambique ein verlorenes:

- Die Armutsquote nahm zwischen 2015-2023 von 45% auf 65% der Bevölkerung zu (lt. Ministerrat).
- Die Staatskassen sind leer. Die Staatsausgaben übersteigen die Einnahmen. Aufgrund des Skandals der illegitimen Kredite von 2016 darf Moçambique seine Auslandskredite nicht erhöhen und borgt von den inländischen Banken. Die Hälfte der Bankkredite geht an den Staat, wenig Geld bleibt für Unternehmen und Staatsbürger. Die Regierung kann Rechnungen, Lehrergehälter und Gesundheitspersonal nicht bezahlen.
- Öffentliche Dienste wie Gesundheitsversorgung und Bildung liegen im Gefolge der Austeritätspolitik des Internationalen Währungsfonds darnieder.
- Die Renditen aus der extraktiven Wirtschaft sind niedrig. Profite gehen ins Ausland und an die Frelimo-Elite.



Star der Opposition: Venancio Mondlane

- Im jihadistischen Aufstand in Cabo Delgado wurde auf eine militärische Lösung mit Hilfe ruandischer Truppen gesetzt, tausende Tote, verbrannte Dörfer und eine Million Geflüchteter wurden in Kauf genommen. Nie wurden Auslöser wie Armut und fehlende Chancen für die Jugend angegangen.
- Die Auswirkungen des Klimawandels mit höherer Anzahl und Intensität von Wirbelstürmen werden stärker. Schäden werden jahrelang nicht beseitigt, weil die Mittel fehlen.

Die schnell wachsende, junge Bevölkerung, die etwas an Bildung gewonnen hat und Informationen besitzt, sieht sich um Zukunftsaussichten be-

trogen. Bei Posten, Ausbildungsplätzen, Zugang zu Krediten und Geschäftsmöglichkeiten manifestiert sich der Einfluß der Partei, deren Eliten sichtbar immer reicher werden und sich an den Ressourcen des Landes bedienen.

Frelimo, seit 50 Jahren an der Regierung, benötigte einen neuen Präsidentschaftskandidaten, nachdem Filipe Nyusi nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten durfte. Unter seinem Einfluß entschied sich das Zentralkomitee für den eher unbekanntes Gouverneur der Provinz Inhambane, Daniel Chapo, einen Mann des Ausgleichs, der keinem der Lager innerhalb der Frelimo angehört.

In der Renamo, der stärksten Oppositionspartei, ließ sich Parteiführer Ossufo Momade zum Präsidentschaftskandidaten küren, Gegenkandidaten wie Venancio Mondlane wurden nicht zum Parteikongreß zugelassen. Für die MDM ging Lutéro Simango, Klubobmann und Bruder des verstorbenen Parteigründers Davis Simango, ins Rennen.

**Frelimo
kontrolliert
Wahlvorgang
total**

Momade und Simango haben nicht das Format ihrer beiden Vorgänger und stellen für die Frelimo bequeme Kandidaten da.

Nicht so Mondlane. Er hatte 2023 die meisten Stimmen bei der Bürgermeisterwahl in Maputo erhalten, wurde jedoch nicht zum Wahlsieger erklärt. Mondlane ist charismatisch, setzt sich für die Jugend ein, fordert wirtschaftliche Reformen, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Die Parteienlandschaft ist im Umbruch. Mondlane versuchte, auf der Liste der *Demokratischen Allianz* (CAD), einer Koalition aus kleinen Oppositionsparteien und Dissidenten der Renamo, zu kandidieren. Die *nationale Wahlkommission* (CNE) und der *Verfassungsgerichtshof* (CC) schlossen die Liste von der Wahl aus, bestätigten aber Mondlanes Kandidatur. Mondlane trat auf dem Ticket der kleinen Partei *Podemos* von Frelimo-Dissidenten bei der Präsidentschaftswahl an.

Die Gesetzeslage erlaubt der Regierungspartei die Kontrolle über den Vorgang. Sie hat in allen relevanten Institutionen die Mehrheit: in der nationalen Wahlkommission CNE, im Verfassungsgerichtshof *Conselho Constitucional* (CC), sie kontrolliert auch das Sekretariat *STAE* für die technische Durchführung der Wahlen. Sie hat die finanziellen und materiellen Ressourcen für die Kampagne.

Unabhängige Journalisten, das *CIP* (*Zentrum für Öffentliche Integrität*) und Koalitionen von nationalen Wahlbeobachtern wie das *Consórcio Mais Integridade* und *DECIDE* brachten Unregelmäßigkeiten an die Öffentlichkeit. In der Frelimo-Hochburg Gaza wurden rund 1 Million Geisterwähler/innen für die Wahl registriert, sieben zusätzliche Parlamentssitze

1534 Gefangene als

Bei einem großen Gefängnisausbruch am Weihnachtstag konnten 1534 Gefangene entkommen – die meisten aus dem Maputo-Gefängnis (von den meisten immer noch Machava-Gefängnis genannt) und 98 aus dem angrenzenden Hochsicherheitsgefängnis (bekannt als BO). Mindestens 150 konnten wieder eingefangen werden oder kehrten freiwillig zurück. Mindestens 37 Gefangene wurden bei einem Fluchtversuch oder nach einer erneuten Festnahme getötet.

Die für die Gefängnisse zuständige Justizministerin Helena Kida erklärte gegenüber der Presse, die Flucht sei von innen organisiert worden. Der Generalkommandant der Polizei, Bernardino Rafael, erklärte gegenteilig, die Gefangenen seien von Demonstranten befreit worden. Niemand hatte jedoch von einem Versuch der Demonstranten berichtet, die Gefangenen zu befreien, und weithin wird die Erklärung von Kida akzeptiert. Das bedeutet, daß eine hochrangige Gruppe in der Frelimo, zu der Kida wahrscheinlich nicht gehört, beschlossen hatte, die Instabilität in der Hauptstadt durch die Freilassung von 1534 verurteilten Kriminellen zu erhöhen.

Der Präsident der Anwaltskammer von Moçambique (*Ordem dos Advogados de Moçambique*), Carlos Martins, gab am Mittwoch eine äußerst scharfe Erklärung ab, in der er die Regierung kritisierte: „*Wenn man aufhört, die Demokratie, den Staat und die Verfassung zu schützen, ist alles erlaubt, weil es keine Werte mehr gibt, die respektiert werden, und es gibt jetzt eine Handvoll Nichts, wo nichts wächst, gedeiht oder sich entwickelt.*“

Er verwies auf „*die Plünderung von öffentlichem und privatem Eigentum, die wir unter den trägen Blicken der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte miterlebt haben*“. Er zitiert auch „*die Flucht von Gefangenen aus dem Machava-Gefängnis, die Wiederverhaftung einiger von ihnen und das anschließende Gemetzel an einigen dieser gefangenen Gefangenen*.“

Dies sei „*ungerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß sie sich bereits in den Händen und unter der Kontrolle der Behörden befanden, und es war ein vorsätzlicher krimineller Akt, sie freizulassen.* ...

Spielball der Macht

Das ist eine ungerechtfertigte, widerwärtige Handlungsweise, die eine kranke Gesellschaft offenbart, in der die Führer ihre Autorität völlig verloren haben. So wie die Dinge liegen, bewegt sich Moçambique auf die Institutionalisierung von Anarchie, kollektiver Angst und von kleinen radikalisierten Banden zu.“

Martins greift zwei Punkte auf, die von der Öffentlichkeit stark beachtet werden: die Tatsache, daß die Polizei nichts unternahm, um Plünderungen und Brandstiftungen zu unterbinden, und die Tatsache, daß Gefangene absichtlich freigelassen und erschossen wurden. Und er greift die Klagen der Jugendlichen über die wachsende Armut auf, wenn er sagt: „*Es ist an der Zeit, innezuhalten und darüber nachzudenken, was wir von diesem Land wollen. Wir müssen an die Größe unserer Nation und ihrer Menschen glauben, um die gegenwärtige Situation zu überwinden. Wir müssen aktiv in einen Prozeß der Erneuerung unserer kollektiven und individuellen Werte, Überzeugungen und Ziele investieren, der uns zu sozialer Gerechtigkeit, aber vor allem zum Wohlergehen aller führen wird. Nichts ist fataler als die kollektive Diskreditierung.*“

Verschwörungstheorien? Oppositionsführer Venancio Mondlane rief in seiner Facebook-Sendung am vergangenen Wochenende seine Anhänger dazu auf, „Chaos“ zu stiften, falls der Verfassungsrat den Sieg der Frelimo bestätigen sollte. Als das Chaos jedoch Plünderungen und Brandstiftung beinhaltete, machte er schnell einen Rückzieher und sagte, er wolle kein kommerzielles Eigentum angreifen. Heute beschuldigte er die Frelimo, Plünderungen und Brandstiftungen unkontrolliert zuzulassen und Gerüchte über Banden mit Macheten zu verbreiten, die durch die Stadtteile ziehen, um zu plündern und zu töten. Ist es übertrieben, die Frelimo zu beschuldigen, Angst zu schüren, um die wachsenden Proteste zu brechen?

Beide Seiten haben das Chaos gefördert. Haben die einfachen Menschen genug Angst, um ihre Führer zum Dialog zu bringen?

Joe Hanlon

kamen so der Frelimo zu gute. In Gebieten der Opposition konnten sich weniger Wähler registrieren, da es dort weniger Wahlbrigaden gab. Die CNE legitimierte die Unregelmäßigkeiten und erschwerte die Akkreditierung von nationalen Wahlbeobachtern.

Die Frelimo kontrolliert die Zusammensetzung der Wahlkommissionen. Wahlbeobachter berichten von großräumigen Fälschungen der Ergebnisse: Auffüllen von Wahlurnen mit Stimmen geschah offener und weitverbreiteter als bei vorigen Wahlen, Ergebnisse von Wahlsprengeln verschwanden oder wurden gefälscht. Die CNE verbot die Auszählung der Stimmen auf Bezirksebene. Schon in der Wahlnacht kam es zu Gewalttätigkeiten der Polizei und Verhaftungen an Mitgliedern von Wahlkommissionen und Wählern.

die Wahlbeteiligung lag landesweit bei niedrigen 43%. Im Norden gab es einen effektiven Wahlboykott: nur 28% Wahlbeteiligung im bevölkerungsreichen Nampula und 33% in Zambézia, Niassa und Cabo Delgado. Im Zentrum lag die Wahlbeteiligung bei 50%, in Maputo Stadt und Maputo Provinz bei 63%.

In der Woche nach der Wahl wurden zwei Top-Aides Mondlanes, der Anwalt Elvino Dias und Podemos-Vertreter Paulo Guambe, in Maputo auf offener Straße erschossen. Mondlane selbst ging ins Ausland und leitete von dort die Phasen des Protests in täglichen Videobotschaften über Facebook und Whatsapp. Generalstreik und Manifestationen legten die großen Städte lahm, Manifestanten schlossen die südafrikanische Grenzstation in Ressano Garcia. Die Polizei setzte Tränengas ein und ging mit Waffengewalt

gegen die friedlichen Demonstranten vor. Die Zahl der Todesopfer erhöhte sich von Tag zu Tag. Die Proteste waren landesweit, auch in den ländlichen Gebieten. Sogar in der Frelimo-Hochburg Gaza kam es zu Revolten.

Laut Wahlgesetz hat die CNE zwei Wochen Zeit zur Veröffentlichung der Wahlergebnisse. Am 24. Oktober 2024 erklärte sie mit 9:7 Stimmen Chapo mit 70% zum Sieger der Präsidentschaftswahl, Mondlane wurden 20% der Stimmen zugerechnet. Bei den Parlamentswahlen sprach die CNE der Frelimo 78% der Stimmen zu, Podemos wurde mit 12% die stärkste Oppositionspartei vor Renamo mit 8%. Die Opponenten der Entscheidung forderten eine neue Auszählung der Stimmen und eine Requalifizierung der ungültigen Stimmen, denn oft wurden Oppositionsstimmen für ungültig erklärt. Die Rechtsanwaltskammer kritisierte die Arbeit der CNE und forderte ebenfalls eine Neuauszählung der Stimmen. Die katholischen Bischöfe verurteilten den Wahlbetrug, forderten eine transparente Aufklärung der Morde und ermahnten alle politischen Parteien zum Dialog. Auch die Botschaften von Norwegen, Kanada, der Schweiz, Großbritannien und der USA verurteilten die eskalierende Gewalt gegen Zivilisten durch die Sicherheitskräfte aufschärft. Die EU äußerte sich kritisch zur Wahl: Wahlregister und Ergebnisse der Wahlsprengel seien nicht vertrauenswürdig.

Die Manifestationen spitzten sich zu. Die Sicherheitskräfte setzten weiter Gewalt ein. Einige Manifestant/inne/en reagierten mit Zerstörung von Frelimo-Parteilokalen und Polizeistationen und plünderten Geschäfte. Die Veröffentlichung der Endergebnisse durch die oberste Behörde, den

Verfassungsgerichtshof (CC), dauert acht Wochen, bis zum 23. Dezember. Das CC nahm Änderungen an den Ergebnissen der CNE vor, ohne die Quellen dafür offenzulegen. Bei der Präsidentschaftswahl bekamen Chapo nun 65,2% statt 70,7% der Stimmen zugesprochen, Mondlane 24% statt 20%, Momade 6,6% statt 5,8% und Simango 4% statt 3,2%. Bei der Sitzverteilung im Parlament nahm das CC der Frelimo 10% der Stimmen weg und verteilte sie auf die anderen Parteien.

Amtliches Endergebnis der Verteilung der Parlamentssitze vom 23. Dezember 2024:

PARTEI	SITZE	PROZENT
Frelimo	171	68,4%
Podemos	43	17,2%
RENAMO	28	11,2%
MDM	8	3,2%
Total	250	100%

Podemos ist nun offiziell die größte Oppositionspartei mit dem Recht auf große Zuwendungen. Nach der Veröffentlichung der Endergebnisse kam es zu Weihnachten zu einem Blutbad durch Polizeigewalt mit mehr als 100 Toten in drei Tagen. Am Weihnachtstag konnten 1.500 Häftlinge aus dem Hauptgefängnis in Maputo fliehen – eine laut der Justizministerin von innerhalb des Gefängnisses orchestrierte Aktion. Die Polizei sah bei Plünderungen und Brandschatzen zu,



Jubelnde Frelimo-Anhänger

Proteste gegen Konzerne

Geflüchtete wurden erschossen, 150 wieder interniert. Noch vor der Amtseinführung des neuen Präsidenten kehrte Mondlane ins Land zurück und erklärte sich zum Präsidenten des Volkes. Er ist zum Dialog bereit und distanziert sich vom Gebrauch von Gewalt durch die Demonstranten.

Chapo wurde am 15. Jänner in sein Amt eingeführt und versprach Dialog. Der Zeremonie wohnten lediglich zwei afrikanische Präsidenten bei. Die EU war durch ihren Botschafter in Maputo vertreten. Eine offizielle Verurteilung der Ergebnisse und der Gewalt der Sicherheitskräfte durch die EU kam nie, ein Boykott der Amtsübernahme durch Chapo blieb ebenfalls aus.

Bei den Manifestationen ging es um mehr als Protest gegen Straßenmaut. Es war der Protest der Bevölkerung gegen die Gewinne aus der extraktiven Wirtschaft von ausländischen Bergbauunternehmen und der Parteilite. Die Blockade des Imports von Alumina für die Aluminiumschmelze Mozal in Maputo brachte die Aktie des australischen Konzerns South32 um 1,5 Mrd \$ zum Absturz – mehr als die Firma investierte. Das Aluminium wird in Moçambique mit

billigem grünen Strom aus Cahora Bassa produziert. Der Vertrag mit Cahora Bassa läuft aus. Es braucht Druck für einen höheren Strompreis und höheren Einnahmen für das Land.

Die Graphitmine im Norden, betrieben von der australischen Firma *Syrah Resources*, an der auch Elon Musk beteiligt ist, mußte aufgrund der Proteste schließen. Die Aktie sank um 110 Mio \$. Ausländische Bergbauunternehmen machten der lokalen Bevölkerung Versprechen, die sie nie einhielten. Die irische Firma *Kenmare*, die seltene Erden in der Provinz Nampula abbaut, versprach der Bevölkerung eine Brücke. Erst als die Aktie wegen der Belagerung durch die Bevölkerung um 40 Mio \$ fiel, war Kenmare schnell dazu bereit, die Brücke zu bauen. Die französischen *Total Energies*, die an der Küste Cabo Delgados eine Erdgaslizenz zur Produktion von Flüssiggas haben, siedelte die Bevölkerung aus, ohne sie für das verlorene Ackerland zu kompensieren. 2.000 Protestierenden gelang es, von *Total Energies* eine Kompensation zu bekommen.

Was zurückbleibt von drei Monaten Unruhen und Polizeigewalt, sind Schäden an Infrastruktur und viele Wunden. Es bleiben Unzufriedenheit, Angst und die Ablehnung der strukturellen sozialen Ungerechtigkeit und des Elitismus des herrschenden Wirtschaftssystems. Mehrere Szenarien sind vorstellbar:

- weitere Verfolgung der Opposition: In den ersten Jännerwochen wurden in verschiedenen Landesteilen 25 Mitglieder von Podemos getötet. Auch in der Vergangenheit hat sich die Frelimo des Mittels der Ausschaltung von Oppositionellen bedient. Wie schon oft könnte die Frelimo die

Krise aussitzen.

- Entstehen einer neuen Bewegung: ob zivilgesellschaftlich oder in einer neuen Partei, wie sie Mondlane gründen will, ist abzuwarten. Die Bevölkerung hat gesehen, daß sie Einflußmöglichkeiten hat. Kleine Proteste gehen momentan weiter.
- Differenzierte Ahndung der Gewalt: einerseits jener der Sicherheitskräfte mit Entschädigung der Gewaltopfer und ihrer Familien und Befreiung politischer Gefangener sowie andererseits der Gewalt übergreifiger Manifestanten.
- Dialog und Regierung der nationalen Einheit. Eine Regierung der nationalen Einheit ist angesichts der Zweidritteldominanz der Frelimo wenig wahrscheinlich. Ein echter Dialog jedoch ist das Gebot der Stunde. Es müssen Vertreter der Opposition, Intellektuelle, Zivilgesellschaft – nicht nur „Personen des Vertrauens“ – auf

Augenhöhe eingebunden und Reformen und Lösungen erarbeitet werden. Vertrauenswürdige Vermittler könnten einen Beitrag leisten, z.B. kleine Staaten wie Norwegen, die Schweiz (ohne wirtschaftliche Interessen im Land) oder die Gemeinschaft von Sant Egidio, die eine wichtige Rolle für den Friedensschluß von 1992 gespielt hat.

Was wäre der Auftrag der Regierung in diesem Mandat:

- Befriedung in Cabo Delgado.
- Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens: dabei darf Moçambique dem Einsparungsdruck bei Personalkosten des IMF nicht



Parlamentsgebäude in Maputo – Ort des Dialogs?

nachgeben und muß sich neue Einnahmequellen erschließen.

- Neuverhandlung der Lizenzen und Verträge mit ausländischen Bergbauunternehmen: Das neugegründete Büro für Reformen und strategische Projekte könnte den Präsidenten beraten.
 - Staatsfonds zur Förderung einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung und der Erzielung von Ersparnissen für künftige Generationen aus den Erträgen der natürlichen Ressourcen.
 - Förderung familiärer Landwirtschaft, Technologietransfer, Märkte, Arbeitsplätze.
 - Gesetzesreformen: Revision des Wahlgesetzes, Unterbindung illegaler Praktiken von Amtsträger/inne/n.
- Angesichts seiner sozioökonomischen Probleme wäre zu hoffen, daß sich Moçambique diesmal klar gegenüber der internationalen Community USA, EU und China positioniert, um sich von deren Interessen an den natürlichen Ressourcen und Investitionsmöglichkeiten nicht über den Tisch ziehen zu lassen.

Hemma Tengler war von 1996 bis 2016 EZA-Projektleiterin in Moçambique sowie Dozentin an der Katholischen Universität (UCM) in Beira.

... spektrum ...

Bravo Botswana! Nach siebenjährigen Verhandlungen haben sich Botswana und *De Beers*, der größte Diamantenproduzent bzw. -händler der Welt, auf ein neues Partnerschaftsabkommen geeinigt. Der Vertrag, der am 25. Februar 2025 von Vertreter/inne/n der staatlichen *Oka-vango Diamond Company* und von *Anglo American* in Gaborone unterzeichnet wurde, sieht eine wesentliche Stärkung der Stellung Botswanas in *Debswana*, dem paritätischen Joint Venture mit *De Beers*, vor. Demzufolge werden einerseits die Bergbaulizenzen für *Debswana* bis 2054 verlängert, andererseits der Anteil von Botswana am Ertrag des Diamantenverkaufs auf 50 Prozent erhöht; derzeit beträgt er nur 25 Prozent.



Unterzeichnung des neuen Vertrags in Gaborone

Debswana betreibt mit *Jwaneng* und *Orapa* zwei der weltweit ergiebigsten Diamantenminen. Die neue Vereinbarung sichert deren langfristigen Betrieb und Vertrieb, was angesichts der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation für Botswana sehr wichtig ist, wie der neue Präsident *Duma Boko* (INDABA 124/24) erklärte. Neben der erwarteten Verdoppelung der Verkaufserlöse

soll die Regierung in Gaborone noch Zugang zu Entwicklungsfinanzierung in Höhe von 10 Mrd. Pula (ca. 712 Mio. US-\$), verteilt auf zehn Jahre, erhalten.

Wahlanfechtung in Namibia gescheitert.

Die Anfechtung der unprofessionell durchgeführten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 27. November letzten Jahres wurde am 28. Februar vom fünfköpfigen Verfassungsgericht in Windhoek einstimmig zurückgewiesen.

Die Klage war von den Anführern der beiden größten Oppositionsparteien, *Panduleni Itula* (*Independent Patriots for Change*) und *Bernadus Swartbooi* (*Landless People's Movement*), eingebacht worden. Wie der Oberste Richter Namibias, Chief Justice *Peter Shivute*, bekanntgab, sei die Entscheidung des amtierenden Präsidenten *Nangolo Mbumba*, die Wahl in jenen Wahlstationen, in denen es am ersten Tag keine Stimmzettel gegeben hatte, um mehrere Tage zu verlängern, rechtens gewesen. Die

Entscheidung hatte sich auf 36 von insgesamt 4.699 Wahllokalen bezogen. Wie die Richter betonten, sei sie aufgrund von legitimen öffentlichen Interesse und nicht einseitig zugunsten der Regierungspartei *SWAPO* getroffen worden.

Dies entspricht der Einschätzung von politischen Beobachtern: Hätte der Oberste Gerichtshof nämlich die Stimmen aus den 36 betroffenen



Impfungen als Notmaßnahme in Zimbabwe

Sprengeln – wie kurzfristig erwogen – für ungültig erklärt, hätte *SWAPO* vermutlich sogar einen Sitz in der Nationalversammlung, der ersten Parlamentskammer, dazugewonnen. Und eine Annullierung der Wahlen war von vornherein als unrealistisch eingeschätzt worden (INDABA 124/24).

Der Angelobung der ersten Präsidentin Namibias, *Netumbo Ndandaitwah*, am 21. März steht juristisch somit nichts mehr entgegen.

Cholera in Zimbabwe. Wie das Ministry of Health and Child Care in Harare Ende Jänner bekanntgab, sind mittlerweile neun Distrikte vom Ausbruch der Cholera betroffen: *Bikita*, *Bindura*, *Chiredzi*, *Chipinge*, *Kariba*, *Goromonzi*, *Mazowe* und *Shamva*.

Glendale im *Mazowe*-Distrikt, etwa 70 Kilometer nördlich von Harare gelegen, ist eines der Epizentren des Ausbruchs. Die Einwohner appellieren an die Regierung, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen. Die Bewohner sind seit Monaten gezwungen, sich ihre Wege durch Schlammrinnen zu bahnen, nachdem die Regierung geplatzte Rohre nicht repariert hat.

Menschliche Abfälle, die Krankheitserreger enthalten, haben die Süßwasserquellen in Glendale und darüber hinaus verseucht. Saubere Wasserversorgung gibt es derzeit nirgendwo in Zimbabwe – auch nicht in der Hauptstadt Harare –, weil überall ungeklärte Abwässer in die Wasserleitungen fließen.

Kudzai Masunda, Spezialist für öffentliche Gesundheit bei der privaten Gesundheitsorganisation JF Kapnek Zimbabwe, fordert im Rahmen der allgemeinen Bemühungen zur Eindämmung der Cholera auch eine Verbesserung der Hygienepraktiken in Haushalten und auf Gemeindeebene.

„Cholera wird hauptsächlich durch Wasser übertragen und ist auch eine fäkal-oral übertragbare Krankheit, d. h. die Menschen infizieren sich über das, was sie verzehren. Daher sind hygienische Praktiken wichtig“, sagte Masunda.

„Wenn wir die Cholera ausrotten wollen, müssen wir die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung in den Vorstädten und auf dem Land verbessern, da Choleraausbrüche auch in den ländlichen Gebieten aufgetreten sind“, fügte er hinzu. „Eine der kurzfristigen Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden, um die Cholera zu eliminieren, ist der Einsatz von Impfstoffen, die Choleraausbrüche für mindestens drei bis vier Jahre reduzieren, während wir mit der Verbesserung der Wasserversorgung und der sanitären Einrichtungen beginnen.“

Zimbabwe ist regelmäßig von Cholera betroffen. Die schlimmste Epidemie wurde laut Angaben der WHO 2008/09 verzeichnet mit fast hunderttausend bestätigten Erkrankungen und 4.288 Todesfällen.

Zama Zama

Hunderte Minenarbeiter sitzen unterirdisch fest

Niemand weiß, wie viele Minenarbeiter noch immer bis zu zwei Kilometer tief unter der Oberfläche stecken, in Stilfontein, zwei Autostunden südwestlich von Johannesburg. In den vergangenen Tagen kamen 60 Menschen nach oben, entweder von Helfern an einem zwei Kilometer langen Seil gezogen oder nach einer tagelangen Kletteraktion entlang stillgelegter Aufzugsschienen. Der Sprecher der südafrikanischen Bürgerrechtsorganisation SANCO, Mzukisi Jam, sagte im Nachrichtensender eNCA: „Sie kommen hoch aus diesem Schacht, aber es ist nicht so einfach, wie die Polizei uns weismachen will. Und die, die zuletzt rauskamen, haben erzählt, sie brauchten fünf Tage, um an die Oberfläche zu gelangen.“

1.500 Zama Zamas, wie die illegalen Minenarbeiter in Südafrika heißen – „die, die ihr Glück versuchen“ – sollen seit August die stillgelegten Schächte verlassen haben. Mindestens 300 sind noch unten, vielleicht aber auch 1.000, sagt das Aktionsbündnis der vom Bergbau betroffenen Gemeinden, MACUA. Das Bündnis fordert, daß das Verfassungsgericht auch den illegalen Minenarbeitern das Recht zu leben zugesteht und die Regierung dazu bringt, sie schnellstmöglich zu retten.

Im August 2024 hatte die Regierung Südafrikas die Aktion *Vala Umgodi* gestartet, das bedeutet „die Löcher zustopfen“. Sie hatte Ein- und Ausgänge der Schächte

geschlossen oder von der Polizei bewachen lassen. Im November, als die Vorräte in den stillgelegten Minen zu Ende gingen, sagte Präsidentschaftsministerin Khumbudzo Ntshavheni: „Wir schicken Kriminellen keine Hilfe. Wir räuchern sie aus. Kriminellen muß man nicht helfen, man muss sie strafverfolgen.“ Doch ein Gericht verurteilte die Regierung dazu, die Versorgung der Eingeschlossenen zu ermöglichen. Die jedoch bleibt der Ansicht, die illegalen Minenarbeiter seien freiwillig in der Tiefe.

Laut Bürgerrechtler Mzukisi Jam hätten auch jene, die selbst versuchten, nach oben zu gelangen, wenig Chancen: „Es hieß beim letzten Mal, von den zwanzig, die versucht hätten herauszukommen, hätten es nur fünf ins Freie geschafft. Die anderen seien wieder hinuntergefallen, weil Steine aus dem Schacht brachen.“

Nach Angaben der *Bench Mark Foundation*, die die Bergbauindustrie in Südafrika kritisch begleitet, gibt es etwa 6.000 stillgelegte Minen im Land. Viele von ihnen sind entgegen der Vorschrift nicht versiegelt. Die Foundation schätzt, daß allein in den Gold- und Platinminen rund um Johannesburg und Pretoria 36.000 Menschen illegal unter Tage arbeiten, aus Not. Die meisten kommen aus den Nachbarländern Zimbabwe, Mosambik und Lesotho.

Karin Wehrheim (ARD)

Sam Nujoma (1929–2025)

Die Vaterfigur Namibias

Von Henning Melber.

Wenn von afrikanischen Staatsoberhäuptern die Rede ist, fallen oft dieselben Namen einer ersten Generation von Präsidenten. Als Führer antikolonialer Bewegungen wechselten sie zur Unabhängigkeit in das höchste Staatsamt: Kwame Nkrumah in Ghana, Sekou Touré in Guinea, Leopold Sedar Senghor in Senegal, Jomo Kenyatta in Kenya, Julius Nyerere in Tanzania, Kenneth Kaunda in Zambia, Samora Machel in Moçambique), Agostinho Neto in Angola, Robert Mugabe in Zimbabwe und Nelson Mandela, der als Ikone von 1994 bis 1999 das demokratische Südafrika repräsentierte. Zu dieser Gruppe zählt auch Sam Nujoma, der wie kein anderer den Befreiungskampf und die Unabhängigkeit Namibias personifiziert und nunmehr als letzter dieser Garde und Generation betrauert wird.

Samuel Shafiishuna Daniel Nujoma wurde am 12. Mai 1929 in dem Weiler Etunda im Gebiet von Ongandjera nahe Okahao im nördlichen Namibia (in der heutigen Region Omu-sati) als ältestes von elf Kindern geboren. Seine frühe Kindheit verbrachte er mit Aufsichtspflichten über seine Geschwister, dem Viehhüten und der Landbestellung. Von 1937 bis 1945 absolvierte er die Primarstufe der Finnische Missionsschule in Okahao. Mit 17 Jahren verdingte er sich als Wanderarbeiter in Walvis Bay. Ab 1949 arbeitete er als Reinigungskraft



Gedenken in Lokalen und Geschäften

bei der südafrikanischen Eisenbahn in Windhoek. Anfang der 1950er Jahre wurde er in der gewerkschaftlich organisierten Kontraktarbeiterbewegung aktiv. 1959 war er Mitbegründer der *Ovamboland People's Organisation* (OPO). Als deren Präsident vertrat er diese in der *South West African National Union* (SWANU), die als erste nationale Befreiungsorganisation gegründet wurde. Er beteiligte sich am Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung der Bewohner der „Alten Werft“ – der damals landesweit größten Siedlung für „Nicht-Weiße“ – in Windhoek. Die Proteste eskalierten am 10. Dezember 1959 in einem Massaker, bei dem mindestens elf Menschen durch die Polizei getötet wurden.

Ob seiner politischen Aktivitäten verfolgt, flüchtete Nujoma Ende Februar 1960 ins Exil. Dort beteiligte er sich an Petitionen zur Unabhängigkeit des Landes bei den Vereinten Nationen. Im April 1960 wurde die OPO zur *South West Africa People's Organisation* (SWAPO) mit Sam Nujoma als Präsidenten. Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1966 wurde die SWAPO zur einzig relevanten antikolonialen Organisation. Trotz interner Machtkämpfe, die SWAPO-Mitglieder im Exil mit Verfolgung und Ermordung bezahlten, blieb Sam Nujoma an der Spitze.

In den im November 1989 durchgeführten Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung erhielt die SWAPO eine absolute Mehrheit und damit entscheidenden Einfluss über die Zukunft des Landes. Die Gewählten wurden zugleich Abgeordnete im ersten Parlament Namibias. Die im Januar 1990 ausgehandelte Verfassung erteilt dem Staatspräsidenten weitreichende exekutive Befugnisse. Ohne Gegenstimmen wurde Sam Nujoma in das Amt gewählt. Während die Verfassung die Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten zu jeweils fünf Jahren begrenzt, beschloß Ende 1998 die SWAPO mit ihrer in den Wahlen im November 1994 erhaltenen parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit erstmals eine Verfassungsänderung. Diese billigte Sam

Nujoma das Recht auf eine dritte Amtszeit zu. Dies wurde damit begründet, daß gemäß Verfassung der Präsident in freien und allgemeinen Wahlen durch die Bevölkerung gewählt würde, dies aber aufgrund der Wahl Nujomas durch die Verfassungsgebende Versammlung als Übergang in die Unabhängigkeit nicht der Fall gewesen sei. Nujoma wurde im November 1994 erstmals mit über 74 Prozent der Stimmen direkt gewählt. Im November 1999 erhielt er über 76 Prozent der Stimmen.

Nujoma hatte als Führungspersönlichkeit Charaktereigenschaften eines autokratischen Präsidenten. Seine Wesenszüge und Handlungsweisen wurden im jahrzehntelangen politischen Widerstand und dem Kampf im Exil geformt. Er verkörperte als Oberhaupt eine entscheidend von ihm mitbegründete „Familie Namibia“. Dies kommt auch in der von keinerlei Selbstzweifel getriebenen Biografie zum Ausdruck, die schon durch ihren programmatischen Titel „*Where Others Wavered*“ („Wo andere wankten“) die vermeintliche Unfehlbarkeit der Mission reklamiert. Obwohl ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit veröffentlicht, endet die (Selbst-)Darstellung mit Nujomas Amtseid und seiner Rede zur Unabhängigkeit. Seine Memoiren wurden mehrfach umfassend und kritisch als Lehrstück einer patriotischen Geschichtsschreibung und als simplifizierendes Heldenepos behandelt. Sie trugen damit wohl unbeabsichtigt zur stärker nuancierten Befassung mit dem Narrativ des Befreiungskampfes bei. Seiner Glorifizierung als Gründungsvater Namibias tat dies keinen

Abbruch. Genau besehen trug sein Herrschaftsstil tatsächlich zu einer spezifischen Form von Nationsbildung im Schatten der über ein Jahrhundert dauernden Fremdherrschaft durch ein koloniales Minderheitsregime bei, indem er die SWAPO personifizierte und damit als stabilisierendes Element für die nachkoloniale Gesellschaftsordnung wirkte. Einer Umfrage zufolge, die ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit unter 1.000 Personen im Alter über 18 Jahren in zehn der 13 damaligen Landesregionen durchgeführt wurde, war das Vertrauen in Demokratie und politische Stabilität unter den Befragten mehr der Person des Präsidenten als der SWAPO geschuldet, und seine persönlichen Verdienste wurden hoch bewertet.

Wie eine Rückschau auf seine Amtszeiten resümierte, erwies sich Nujoma anfangs als Präsident der Versöhnung, der sich bemühte, die unter

Zwischen Versöhnung und Auto- kratie

der Apartheid verankerten Differenzen zu reduzieren und eine nationale Konsolidierung zu fördern. Während seiner zweiten Amtszeit wurden die versöhnlichen Töne von einem zunehmend autoritäreren Diskurs abgelöst, nahmen die autokratischen Tendenzen zu. Nujomas dritte und letzte Amtszeit konzentrierte sich immer stärker auf grandiose Monumentalbauten der öffentlichen Hand, in der die patriotische Geschichtsschreibung durch entsprechende Architektur auch materielle Wirklichkeit werden sollte. Dies ging einher mit Nujomas Verewigung im öffentlichen Raum.

Trotz Versuchungen sah Nujoma davon ab, es seinem erklärtermaßen geschätzten Amtskollegen Robert

Mugabe nachzutun und weiterhin die Staatsführung offiziell in der Hand zu behalten. Als sich parteiinterner Widerstand gegen diese ursprünglich gehegten Ambitionen regte, entschied er sich dazu, statt einer Amtsverlängerung der Einheit der Partei den Vortzug zu geben. Seine Pensionierung wurde ihm durch die offiziellen Ehrentitel „*Founding President of the Republic of Namibia and Father of the Namibian Nation*“ versüßt, die ihm das Parlament per Gesetz in Verbindung mit einer Entscheidung des Kabinetts bescherte. Nujoma blieb Präsident der SWAPO bis zum nächsten Parteikongreß Ende 2007, bevor er auch dieses Amt an das neue Staatsoberhaupt, seinen persönlichen Vertrauten und langjährigen treuen Gefolgsmann Hifikepune Pohamba, abtrat.

als begeisterter Hobby-Farmer (sowie Jäger und Angler) konnte sich Nujoma auf eine während der Präsidentschaft erworbene, mit guter Infrastruktur ausgestattete Privatfarm – nach seinem Heimatdorf „*Etunda*“ benannt – in einer der besten landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete des Landes zurückziehen und gelegentliche Ausflüge an die Atlantikküste unternehmen. Doch die Politik blieb weiterhin sein zentraler Lebensinhalt. Als er 2007 anlässlich des 4. SWAPO-Kongresses seit der Unabhängigkeit nach 47 Jahren das Amt als Parteipräsident abgab, wurde ihm von den Delegierten der Ehrentitel „*Leader of the Namibian Revolution*“ verliehen. Außerdem erhielt er das Recht auf Lebenszeit, an allen Parteigremien teilzunehmen. So war von einem Ruhestand kaum etwas zu spüren. Fast jede politische Entscheidung involvierte noch jahrelang direkt oder indirekt Sam Nujoma, von dem weiterhin

der größte individuelle Einfluß in der SWAPO ausging. Fast ein halbes Jahrhundert lang der herausragende politische Führer in der jüngeren Geschichte Namibias, verkörpert Sam Nujoma wie kein anderer den Unabhängigkeitskampf, den „Landesvater“ und den Patriarchen als „Familienoberhaupt“. Diese Zuschreibungen passen nicht nur zum Ehrentitel „Vater der namibischen Nation“, sondern sind auch mit dem besonderen Begriff von Familie verbunden, welcher dem Verständnis einer Befreiungsbewegung innewohnt. Diese repräsentiert nicht nur im Falle Namibias eine Form von Familienersatz. Die geheimen Operationen im Untergrund oder das Leben im Exil erforderten die Verdrängung des Individuellen zugunsten des Kollektiven, den Dienst an der Gemeinschaft unter Hintanstellung persönlicher oder privater Bedürfnisse. Die familiäre Intimität wurde durch den „großen Vater“ ersetzt, der die Rolle des *alter ego* übernahm. Diese Vaterrolle endet für Sam Nujoma nicht mit seinem Tod. Kaum ein Ort im Land hat nicht eine der Hauptstraßen nach ihm benannt. Nujoma bleibt auch in Denkmälern im öffentlichen Raum verewigt: Auf der Heldengedenkstätte am Stadtrand Windhoeks ist ihm die riesige Statue des „unbekannten Soldaten“ in Kampfuniform nachgebildet. Um jegliches Mißverständnis auszuschließen, zierte ihren Sockel ein Zitat Nujomas in dessen Handschrift. Obwohl er nie an militärischen Aktionen beteiligt war, kleidete sich Nujoma gerne auch in Uniform als Befehlshaber der Befreiungsarmee. Im Norden des Landes wurde am 26. August 2013 (der als „Heroes Day“ Feiertag ist) am Ort der ersten militärischen Konfrontation mit der südafrikanischen Armee eine Heldengedenkstätte mit



Staatsbegräbnis am 1. März auf dem Heldenfriedhof bei Windhoek

einer Statue Nujomas errichtet. Dieser wohnte der Eröffnung in militärischer Kampfmontur bei. Demgegenüber kleidet sich Nujoma mit der Verfassung in der Hand vor dem Unabhängigkeitsmuseum in der Innenstadt Windhoeks zivil staatsmännisch. Das neuerbaute SWAPO-Parteihauptquartier in Windhoek wurde 2022 auf dem Dach mit einer weiteren überlebensgroßen Statue Nujomas verziert. Sie bildet ein ikonisches Foto aus dem Befreiungskampf nach, auf dem der Kampfuniform tragende Nujoma ein Kleinkind auf dem Arm hält.

daß Nujoma der Versuchung widerstand, seine Macht als Präsident auf Lebenszeit zu verankern, macht ihn zu einer Instanz, deren Aura nicht durch ihn selbst beschädigt wird. Für die überwiegende Mehrheit der Menschen im Lande ist er der Landesvater geblieben. Bis zuletzt verkörperte er die Ambivalenzen eines auch von ethnisch-kulturellen Traditionen geprägten autoritären Herrschaftsverständnisses. Noch Mitte 2023 kritisierte er öffentlich ein Urteil des

Verfassungsgerichts, den nicht-namibischen Partnern einer im Ausland geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehe die gleichen Rechte wie anderen ausländischen Ehepartnern einzuräumen. Damit erinnerte er an seine schon Mitte der 1990er Jahre artikulierten homophoben Ansichten sowie an die christlich-konservative Gesinnung, die er trotz aller revolutionärer Rhetorik stets hatte.

Ungeachtet dieser und anderer Anachronismen bleibt Sam Nujoma über seinen Tod hinaus die Gallionsfigur des Befreiungskampfes und der Republik Namibia. Seine Gefühle waren vom Kampf um Unabhängigkeit geleitet, und bis zuletzt erinnerte er an diesen Kampf. Er behält einen Ehrenplatz in der Geschichte Namibias und verdient Respekt auch unter denjenigen, die ihn nicht kritiklos glorifizierten. *Hamba Kahle, tatekulu Nujoma.*

Henning Melber ist Senior Adviser und Director Emeritus der Dag Hammarskjöld Foundation in Uppsala.

begründer von PayPal, der in den 1970er Jahren in einer südwestafrikanischen Stadt aufwuchs, in der Hitler noch offen verehrt wurde. Thiel, in Österreich auch als Förderer von Sebastian Kurz bekannt, hat das Frauenwahlrecht als Untergrabung des Kapitalismus kritisiert und sich laut Biografie von 2021 dazu bekannt, als Student in Stanford die Apartheid als „wirtschaftlich vernünftig“ verteidigt zu haben. Zu seinem Netzwerk zählen auch

der in Kapstadt geborene David Sacks, ehemaliger Chief Operating Officer von *PayPal* und jetzt einer der führenden Geldbeschaffer für Trump, sowie Roelof Botha, Enkel des letzten Außenministers des Apartheid-Regimes, Pik Botha, und ehemaliger Finanzchef von *PayPal*.

Inwieweit es gerechtfertigt ist, eine direkte Linie zwischen den prägenden Jugendjahren Musks als privilegierter Weißer in einem rassistischen System und dem Mann zu ziehen, den wir heute an Trumps Seite sehen, bleibt natürlich offen. Aber andererseits wäre es verwunderlich, wenn ein Neonazi-Großvater, der extra von Kanada nach Südafrika zog, weil er von der Idee der Apartheid begeistert war, oder eine Highschool-Ausbildung, die von der Ideologie der weißen Vorherrschaft durchdrungen war, keine Spuren hinterlassen hätten. Das Südafrika, in das Musk 1971 hineingeboren wurde und in das Thiel als Kind aus der BRD zog, wurde von Premierminister John Vorster geführt, drei Jahrzehnte zuvor General in einer faschistischen Miliz, die sich mit Hitler verbündet hatte, der *Ossewabrand-*

wag (OB). In den rassistisch getrennten Schulen wurde versucht, eine südafrikanische Identität auf der Grundlage einer Uminterpretation der Geschichte zu formen. Musk und Thiel wurde beigebracht, daß die Nachkommen hol-

ländischer Kolonisatoren das eigentliche Opfer des südafrikanischen Konflikts waren, sei es durch die Hand habgieriger britischer Imperialisten oder verräterischer Zulu-Könige. Während Musk High Schools in Johan-

nesburg und Pretoria besuchte, die auch von englischsprachige Kindern frequentiert wurden, genoß Thiel einen Teil seiner Ausbildung in einer deutschen Schule in Swakopmund, wo sein Vater in der nahegelegenen Uranmine von Rössing arbeitete. Swakopmund in den 1980ern – Hakenkreuzembleme wurden damals noch offen verkauft, und als Teil der „deutschen“ Community gehört man einfach dazu.

Wie auch immer man die Jugendeinflüsse in Musks und Thiels Biographie gewichtet – unbestreitbar ist, daß beide in einer unglaublich privilegierten Umgebung aufwuchsen, in der die Hierarchie zwischen den Rassen klar war. Musk verließ Südafrika 1988 inmitten bürgerkriegsartiger Umstände in Richtung Kanada, zwei Jahre vor der Freilassung Nelson Mandelas und sechs Jahre vor dem Beginn der neuen Ordnung in Südafrika. Desmond Tutus Idee einer „Regenbogenation“ oder Mandelas „nationale Versöhnungspolitik“ sind dem heutigen Tech-Milliardär eine fremde Gedankenwelt geblieben, die er nun mit Präsident Trumps Unterstützung zurückzudrehen versucht.

US-Hilfe eingestellt

„*America first*“ verkündete US-Präsident Trump bei seiner Angelobung im Jänner 2025. Das bedeutete für ihn auch eine 90-tägige Pause für ausländische Entwicklungshilfe. 2023 stellte USAID insgesamt 12,1 Mrd. US-\$ für Länder in Afrika südlich der Sahara bereit, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern und Nahrungsmittelhilfe zu leisten. USAID ist maßgeblich an der Verteilung der Mittel aus dem „*President's Emergency Plan for AIDS Relief* (PEPFAR)“ beteiligt, einem globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS. Das 90-tägige Einfrieren der Mittel hat in Afrika Verzweiflung ausgelöst. Millionen von Menschen, die auf die von der US-Regierung unterstützten Dienste angewiesen sind, gehen nun einer ungewissen Zukunft entgegen. Dies betrifft auch HIV-Infizierte in Südafrika – 2023 rund 7,8 Millionen. Am 6. Februar erläuterte der südafrikanische Gesundheitsminister Aaron Motsoaledi in einem Briefing vor dem Parlament die weitreichenden Auswirkungen der US-Entscheidung. PEPFAR stellt demnach 17 Prozent der Gesamtfinanzierung südafrikanischer HIV-Programme in Höhe von mehr als 7,5 Milliarden Rand (407 Mio. US-\$). Motsoaledi wies auch darauf hin, daß mehr als 15.000 Mitarbeiter des Gesundheitswesens, darunter Krankenschwestern und -pfleger/innen, über PEPFAR finanziert werden und jetzt von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Monika Maria Steiner/Red.

Im Schatten von El Niño

Zambias Ringen um Energie und Existenz

Zambia, mein zweites Zuhause, wo ein bedeutender Teil meiner Familie lebt. Es ist stets eine Freude, Verwandte und Freunde wiederzusehen, die Kultur zu erleben und dem Wiener Wetter zu entfliehen. Während meines Besuchs 2022 war ich von der verbesserten Stromversorgung in der Hauptstadt und ländlichen Gebieten positiv überrascht. Von Mimi Amaichigh.

Mein jüngster Aufenthalt zur Jahreswende offenbarte jedoch eine dramatische Verschlechterung der Energiesituation. Vor meiner Reise wurde ich bereits gewarnt, daß Energie ein Problem sein würde, aber das reichte nicht aus, um mich auf die dortige Situation vorzubereiten. In der Stadt wurde Strom zur Mangelware, mit tage- und nächtelangen Ausfällen. Diese unerwartete Entwicklung traf wohlhabende Gegenden ebenso wie ärmere Viertel. Im Dorf bei meinen Eltern hoffte ich, den Energieproblemen zu entgehen. Ihr Haus, noch nicht ans nationale Stromnetz angeschlossen, verläßt sich auf Solarenergie. Ein ausgeklügelter Energiesparplan ermöglicht die Grundversorgung (allen voran Beleuchtung und Gefrierschrank) und das geregelte Aufladen von Geräten. Dadurch wurde uns, im Gegensatz zu vielen unserer zambischen Nachbarn, eine „schwarze Weihnacht“ erspart.

Die Regenzeit brachte neue Schwierigkeiten. Bewölkter Himmel machte selbst die Solarenergie unzuverlässig, was die Nutzungsdauer auf etwa zwei Stunden täglich reduzierte. Diese Situation verdeutlichte den oft unbewußten Energiekonsum im Alltag und die Herausforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung



Solarmodule bringen Licht in die Festtage

in Entwicklungsländern. Trotz dieser Widrigkeiten bleibt Zambia ein Ort voller Wärme und Gastfreundschaft. Die Erfahrungen dort schärfen das Bewußtsein für Energieeffizienz und die Bedeutung zuverlässiger Stromversorgung für die Entwicklung eines Landes.

Meine Erfahrung war nur ein kleiner Einblick in das, was die Menschen dort tagtäglich durchmachen müssen. Aber die Rückkehr und das weitere Erforschen dieses Themas halfen mir,

ein besseres Verständnis für das zu gewinnen, was ich erlebte, da ich in meinem Monat dort nur einen Teilaspekt der Komplexität miterlebt habe.

Das El Niño-Ereignis (El Niño-Southern Oscillation, ENSO) 2023-2024, das fünfstärkste in der aufgezeichneten Geschichte, hat weltweit zu verheerenden Naturkatastrophen geführt. Im südlichen Afrika verursachte es die schlimmste Trockenperiode seit über einem Jahrhun-

dert, wobei Länder wie Zambia und Zimbabwe besonders hart getroffen wurden. Experten warnen, daß der Klimawandel solche Ereignisse in Zukunft häufiger und intensiver machen könnte, was zu extremeren Wetterereignissen in allen südafrikanischen Regionen führen wird.

In Zambia hat diese Krise die Energieproduktion stark beeinträchtigt. Das Land bezieht 84% seines Stroms aus Wasserkraft, hauptsächlich aus dem weltweit größten Stausee zwischen Zambia und Zimbabwe. Der Lake Kariba, der etwa 43% des Landes mit Strom versorgt, ist seit 2011 nicht mehr voll ausgelastet. Im September 2024 konnte nur noch eine von sechs Turbinen auf der zambischen Seite betrieben werden. Die Energiekrise hat weitreichende Folgen für die zambische Wirtschaft und Gesellschaft. Viele kleine Unternehmen können tagsüber nicht betrieben werden, was die Besitzer zwingt, teure Dieselgeneratoren zu kaufen. Auch der für Zambia wichtige Bergbausektor leidet unter den ständigen Stromausfällen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind erheblich: Es wird geschätzt, daß die Krise das Land etwa 1,3 Milliarden Dollar gekostet hat, was etwa 5% seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.

Um die Energiekrise zu bewältigen, entwickelt die zambische Regierung Pläne zur Diversifizierung ihrer erneuerbaren Energiequellen. Sie investiert in Geothermie und fördert aktiv eine „Solar-Explosion“. Verhandlungen mit China, Indien und Kanada wurden geführt, um möglichst viel Solarenergie ins Land zu bringen. Allerdings bleiben die hohen Anfangskosten für Solarenergie ein Hindernis für viele Bürger.

Kariba-Stausee reicht nicht mehr aus

Die Regierung hat versucht, dies zu erleichtern, indem sie Importzölle und Mehrwertsteuern auf Solarausrüstung abgeschafft hat. Da die Lieferung von Solarpaneelen nach Zambia Monate dauern kann, müssen städtische und ländliche Haushalte, die von der Energiekrise hart getroffen wurden, Wege finden, mit der Situation umzugehen. Dies hat auch zu einer verstärkten Nutzung von Holzkohle zum Kochen geführt, was die Abholzung beschleunigt und zu erhöhten Kohlenstoffemissionen beiträgt. Aus der Not haben sich auch neue Geschäftsmodelle entwickelt, wie das kostenpflichtige Aufladen von Telefonen in Restaurants oder Kiosken.

Neben der Energiekrise kämpft Zambia auch mit einer schweren Dürre. Im Februar 2024 erklärte die Regierung die anhaltende Trockenheit aufgrund der El Niño-Effekte zur nationalen Katastrophe. Es war die trockenste landwirtschaftliche Saison seit mehr als vier Jahrzehnten, was die Ernährungssicherheit von über 6,6 Millionen Menschen gefährdet, die von regenabhängiger Landwirtschaft leben. Die Wasserknappheit hat auch zu einem Cholera-Ausbruch geführt, der im Oktober 2023 begann und mehr als 21.000 gemeldete Fälle in dicht besiedelten Gebieten mit schwacher Infrastruktur verzeichnete.

Präsident Hakainde Hichilema zeigt sich besorgt über die Zukunft des Landes. Zambia, das als eine der funktionalsten Demokratien auf dem Kontinent gilt, steht vor enormen Herausforderungen in Bezug auf

Energieversorgung, Arbeitsplätze und allgemeines Wohlbefinden seiner Bürger. Die Bewältigung dieser vielfältigen Krisen wird entscheidend sein für die zukünftige Entwicklung und Stabilität des Landes.

Obwohl die derzeitige Situation etwas prekär erscheinen mag, hat ZANACO (die *Zambia National Commercial Bank*) prognostiziert, daß die Inflation in Zambia im zweiten Quartal 2025 zu sinken beginnen wird, mit der Möglichkeit, bis Ende 2026 wieder in den Zielbereich zu fallen.

Alles in allem ist die Situation in Zambia, die der in Zimbabwe (INDABA 124/2024) sehr ähnlich ist, ein umfassendes und komplexes Problem, das jeden Aspekt des täglichen Lebens seiner Bürger berührt (v. a. Gesundheit, Ernährung, Wirtschaft, Energie). Viele Maßnahmen wurden

bereits von der aktuellen Regierung ergriffen, um das Land widerstandsfähiger gegen diese Naturkatastrophen zu machen, indem sie ihre Energiequellen diversifiziert und in dürreresistentere Pflanzen sowie in die Wasserinfrastruktur investiert. Wenn wir als Weltgemeinschaft aber weiterhin wie bisher handeln, werden diese Wetterphänomene nur an Intensität und Häufigkeit zunehmen, und die Verwundbarsten unter uns, die am wenigsten dazu beigetragen haben, werden die Hauptlast der Konsequenzen tragen müssen.

Klima: Wer trägt die Hauptlast?

■
■

Mimi Amaichigh ist wissenschaftliche Projektmitarbeiterin an der BOKU University in Wien und befaßt sich dort mit der Klimathematik und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen.

Fossile Energie in Südafrika

Im Spannungsfeld von Klimakrise, Wirtschaft und Politik

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe ist eine der größten Quellen für Treibhausgasemissionen und setzt jährlich mehr als 30.000 Mio. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre frei. Um das erste Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu erreichen, nämlich den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf 2°C und wenn möglich auf 1,5°C zu begrenzen, müssen fossile Brennstoffe unter der Erde bleiben. Nina Herzog-Hawelka forscht in diesem Bereich.

Öl und Gas tragen noch immer über 50 % zum globalen Energiemix bei, und der Branchenwert der fossilen Brennstoffindustrie liegt je nach Berechnungsgrundlage zwischen 16 und 300 Billionen US-Dollar. Öl- und Gasunternehmen haben daher einen enormen Einfluß auf die Weltwirtschaft. Und wie überall verläuft auch in Südafrika die Diskussion über die Zukunft fossiler Energie sehr kontrovers. Die finanziellen Einbußen der fossilen Brennstoffindustrie, sollte sie aufgrund sich verschärfender Klimamaßnahmen ihr Geschäftsmodell ändern müssen, sind enorm und damit die Anreize zu mehr Nachhaltigkeit eher gering. Dessen ungeachtet ist bisher wenig erforscht, wie sich die wirtschaftlichen Verluste rund um gestrandete Ressourcen und Vermögenswerte, (d.h. um Unternehmensanteile, Infrastruktur oder Rohstoffe, deren Ertragskraft oder Marktwert durch verschärfte Klimapolitik oder sich verändernde Marktdynamik drastisch sinkt) verteilen oder wie sich die Entscheidungs-

prozesse darüber abspielen werden, wer die verbleibenden Brennstoffe nutzen darf. Auch welche möglichen Zielkonflikte mit anderen *Sustainable Development Goals* bestehen, muß besser erforscht werden. Weiters ist wenig darüber bekannt, welche Rolle Öl- und Gasunternehmen in diesem Zusammenhang spielen, welche Auswirkungen

dies auf verschiedene Weltregionen hat (2019 lagen etwa 75 % der global nachgewiesenen Ölreserven im Nahen Osten, in Lateinamerika und Afrika) und wie die Verantwortung von Aktionären und Stakeholdern gerecht verteilt werden kann, um eine inklusive Energiewende zu fördern. Als

größter Kohleproduzent Afrikas deckt Südafrika seinen Energiebedarf weitgehend durch Kohle. Obwohl die Regierung die Notwendigkeit einer Energiewende anerkennt und sich verpflichtet hat, bis 2050 aus der Kohle auszusteigen (INDABA 123/24), verfolgt Gwede Mantashe, Minister für Mineral- und Erdölressourcen, eine Strategie, einen fossilen Energieträger durch einen anderen zu ersetzen: Kohle durch Gas. Es sind mehr als 13.100 MW an neuen Gaskraftwerken geplant – etwa ein Drittel der kohlebefeuerten Kapazität des Landes –, was die größten Ausbaupläne für Gas auf dem afrikanischen Kontinent darstellt. Zudem strebt Südafrika eine eigene Öl- und Gasproduktion an, insbesondere aus den kürzlich entdeckten Offshore-Reserven.

Südafrika hat eine lange Geschichte der Offshore-Erschließung von Öl und Gas, jedoch rückte der ehemalige Präsident Jacob Zuma die Meereswirtschaft mit *Operation Phakisa* im Juli 2014 erneut in den Fokus. Phakisa ist Sesotho und bedeutet „Beeil dich“. Das Programm wurde von der malaysischen *Big Fast Results Methodology* inspiriert. Schätzungen des Ministeriums für Forstwirtschaft, Fischerei und Umwelt zufolge könnte sie bis 2033 rund 177 Milliarden Rand zum BIP beitragen und zwischen 800.000 und 1 Million direkte Arbeitsplätze schaffen. Die Offshore-Öl- und Gasexploration ist einer von sechs Wachstumsbereichen des Programms. Laut dem südafrikanischen Umweltministerium könnten sich vor der Küste des Landes bis zu neun Milliarden Barrel Öl und elf Milliarden Barrel

Wer entscheidet über fossile Nutzung?

Öläquivalent (Boe) Erdgas befinden – genug, um Südafrikas Ölbedarf für 40 Jahre und den Gasverbrauch für 375 Jahre zu decken. Der tatsächliche Umfang dieser Ressourcen ist jedoch weitgehend unbekannt. Jüngste Schätzungen der *Petroleum Agency South Africa* (PASA) gehen von 27 Milliarden Barrel Öl und 60 Billionen Kubikfuß (tcf) Erdgas vor der südafrikanischen Küste aus.

Rund 20 multinationale Öl- und Gasunternehmen halten Anteile an Explorationsblöcken vor der südafrikanischen Küste. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2024 insgesamt 30 Versuchsbohrungen durchzuführen. In den vergangenen Jahren wurden bedeutende Entdeckungen gemacht, darunter die Felder Brulpadda (2019) und Luiperd (2020) von *TotalEnergies*.

Die Anteile an diesen Ressourcen unterliegt jedoch plötzlichen und oft unvorhersehbaren Veränderungen, die durch Marktdynamiken, regulatorische Entwicklungen und geopolitische Faktoren beeinflusst werden. Die Entscheidung von *TotalEnergies*, sich aus mehreren Offshore-Blöcken zurückziehen, hat nicht nur bei Investoren und Regierungsvertretern Besorgnis ausgelöst, sondern auch Spekulationen über die langfristige Zukunftsfähigkeit dieser Projekte angefacht. Während das Unternehmen seinen Rückzug mit den wirtschaftlichen Herausforderungen der kommerziellen Entwicklung und Vermarktung begründete, machte die Regierung auch den Widerstand sozialer Bewegungen und anhaltende Rechtsstreitigkeiten für die Entscheidung verantwortlich.

am 20. März 2024 reichten *Green Connection* und *Natural Justice* eine Klage gegen den Minister für Forstwirtschaft, Fischerei und Umwelt, den Minister für Mineralressourcen und Energie, den Generaldirektor dieses Ministeriums sowie *TotalEnergies EP Südafrika* ein. Sie argumentierten, daß der Umweltverträglichkeitsbericht (*Environmental Impact Report*, EIR), auf den sich der Minister und der Generaldirektor bei ihrer Entscheidung stützten, nicht den Anforderungen des *Integrated Coastal Management Act* (ICMA) von 2001 sowie des *National Environmental Management Act* (NEMA) von 1998 entspricht. Diese Klage ist nicht die erste, die Klima- und Umweltschützer gegen den Staat und beteiligte Unternehmen einreichen. Insgesamt sind zehn Klimaklagen in der Datenbank des *Sabin Centers for Climate Change Law* verzeichnet. Eine davon erhielt international viel Aufmerksamkeit – auch weil zwei ihrer AktivistInnen den berühmten *Goldman Environmental Prize* erhielten. Nonhle Mbuthuma und Sinegugu Zukulu sind Teil des *Amadiba Crisis Committee*, welches sich erfolgreich



Nonhle Mbuthuma und Mzamo Dlamini, Landaktivisten des Amadiba Crisis Committee

dafür einsetzte, daß *Shell* seismische Untersuchungen, die den Ölförderungen vorausgehen, an der Wild Coast vorerst nicht fortsetzen konnte. Für die Organisation ist es nicht das erste Mal, daß sie sich großen Konzernen in den Weg stellt, die auf dem Land ihrer Community umweltschädliche Vorhaben umsetzen wollen. Schon sieben Jahre zuvor hatte sich das *Amadiba Crisis Committee* gegen die Förderung von Titan auf seinem Gebiet eingesetzt. Damit verbunden war der Bau einer Autobahn (unter Beteiligung einer österreichischen Firma), den die Organisation ablehnte, da die Straße die Gemeinde in zwei Teile gespalten und die Lebensgrundlage der Gemeindemitglieder bedroht hätte (INDABA 101/19).

Der Klimawandel und die Ignoranz der Regierung und großer Öl- und Gaskonzerne ihm gegenüber ist Teil der Sorge von Aktivist/inn/en und Bewohner/inn/en der Wild Coast. Landwirtschaftliche Praktiken, die jahrhundertlang das Rückgrat lokaler Gemeinschaften bildeten, sind aufgrund der klimatischen Veränderungen zunehmend unberechenbar. Diese Veränderungen bedrohen nicht nur die Nahrungsmittelproduktion, sondern auch das kulturelle Erbe und die soziale Stabilität der Region, wie eine Aktivistin¹ im Interview mit mir hervorhob:

„Wir verstehen, was vor sich geht. Das Wichtigste ist das Verständnis. Das Verständnis des gesamten Konzepts des Klimawandels. Das Erleben des Klimas,

1 Aufgrund der Sensibilität der Thematik und um die Identität meiner Interviewpartner/innen zu schützen, wird darauf verzichtet, genaue Angaben zur Person zu machen.

das Erleben des Klimawandels in unserer Region. Wir haben also große Veränderungen in der Landwirtschaft erlebt, sei es bei den Tierkrankheiten, wenn es wärmer wird. [...] Außerdem ist die Regenzeit, die wir ab Mitte März, April, Mai und Juni erleben, traditionell unsere Trockenzeit. In dieser Zeit kommt es jetzt häufiger zu heftigen Regengüssen, die unsere gesamte Ernte vernichten.“

aus der Sicht der Regierung liegt die Verantwortung für den Klimawandel jedoch beim globalen Norden, der den Großteil der CO₂-Emissionen zu verantworten hat. Diese Sichtweise reflektiert die tief verwurzelte Ungleichheit, die die Klimadebatte prägt. Die historischen Emissionen der Industrieländer werden als Hauptursache für die Klimakrise gesehen, während Staaten im Globalen Süden, die nur einen Bruchteil zu diesen beigetragen haben, unverhältnismäßig stark unter den Folgen leiden. Dennoch steht die Regierung vor einem Dilemma: Sie muß zwischen dem Druck internationaler Klimavorgaben und dem Bedarf an wirtschaftlicher Entwicklung navigieren, während gleichzeitig der Ruf nach globaler Klimagerechtigkeit immer lauter wird, wie aus einem Interview mit einer RegierungsvertreterIn hervor geht:

Wenn man sich die CO₂-Emissionen weltweit ansieht, hat ganz Afrika vielleicht 2-3% dazu beigetragen; wird das wirklich den Unterschied machen? „Meiner Meinung nach muß die CO₂-Problematik stärker eingegrenzt werden. Wir müssen unseren Beitrag so gut wie möglich leisten. Wir müssen dies in einem Tempo und mit den Fähigkeiten tun, die wir uns in der globalen Gemeinschaft leisten können. Außerdem müssen sich vor allem die Industrieländer finanziell an den Kosten der Emissionsminderung beteiligen, damit die Entwicklungsländer von den finanziellen Auswirkungen der Energiewende zu neuen Technologien entlastet werden können.“

für die Bevölkerung vor Ort, die direkt von den Auswirkungen der Öl- und Gasförderung betroffen ist, spielt die Debatte um globale Verantwortung am Klimawandel jedoch eine untergeordnete Rolle. Hier geht es um unmittelbare Bedrohungen und konkrete Erfahrungen. Erinnerungen an die Umweltkatastrophen im Nigerdelta sind lebendig und prägen die Wahrnehmung. Die Angst, daß sich diese Szenen an der Wild Coast wiederholen könnten, ist allgegenwärtig. Der Ozean ist nicht nur eine ökologische Ressource, sondern auch ein spiritueller und kultureller Anker für die Gemeinschaften, deren Lebensweise eng mit den natürlichen Rhythmen verbunden ist, betont eine BewohnerIn der Wild Coast:

„Unsere unmittelbare Reaktion auf die Öl- und Gasförderung war, daß wir uns Sorgen über das potentielle Risiko einer Verschmutzung des Ozeans machten, da wir wußten, daß der Ozean eine Lebensgrundlage ist. Er ist eine Quelle der Heilung. Er dient spirituellen Zwecken, für all diese Dinge. Und jetzt, da wir wußten, was mit dem Nigerdelta in Nigeria, in Ogoniland, passiert ist, was Shell getan hat, das Shell-Erbe, und jetzt kommt Shell zu uns und tut so, als wäre dies eine wirtschaftliche Emanzipation, ohne daß jemand über die wahre Sache spricht.“

auf der anderen Seite werden innerhalb der Regierung und der Industrie Stimmen laut, daß Aktivist/inn/en von Umweltorganisationen aus dem Westen finanziert und manipuliert werden: Leider kommen die meisten NGOs in Südafrika aus dem Ausland, und sie bezahlen Einheimische, um Lärm zu machen. Es macht keinen Sinn, daß Länder wie Norwegen, die groß im Öl- und Gasgeschäft sind; die USA sind groß im Öl- und Gasgeschäft; Rußland ist groß im Öl- und Gasgeschäft; der Nahe Osten ist groß im Öl- und Gasgeschäft; dort gibt es keine NGOs, die in großer Zahl twittern, um Projekte zu stoppen – aber in kleinen Entwicklungsländern wie Südafrika tun sie das ...

Diese Rhetorik betont eine tief verwurzelte Skepsis gegenüber westlichem Einfluß und spiegelt die historische Erfahrung kolonialer und postkolonialer Abhängigkeiten wider. In dieser Sichtweise wird das Engagement ausländischer NGOs als Bedrohung für die nationale Souveränität empfunden, während die wirtschaftlichen Versprechen der Öl- und Gasindustrie als Chance für Selbstbestimmung und Wohlstand gesehen werden. Die Wahrnehmung, daß Umweltschutz als Vorwand für die Unterdrückung wirtschaftlicher Entwicklung genutzt wird, führt zu einem angespannten Verhältnis zwischen den verschiedenen Interessensgruppen und verstärkt die gesellschaftliche Spaltung in Bezug auf die Energiewende, auch in Südafrika.

■
■

Nina Herzog-Hawelka, SADOCC-Vorstandsmitglied, ist Teil des Forschungsprojekts Climate Change and Fossil Fuels (CLIFF) unter Leitung von Joyeeta Gupta (Universität von Amsterdam). Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf staatlichen und börsennotierten (multinationalen) Öl- und Gasunternehmen.

Problemprovinz Eastern Cape

Initiation: Wieder 20 Buben tot

Zum wiederholten Mal ist es bei Initiationsriten in der Provinz Eastern Cape zu Todesfällen gekommen. Traditionelle Führer haben nun ein zweijähriges Moratorium verhängt. Während dieser Zeit sollen Lösungen gefunden werden, um derartige Vorfälle in Zukunft zu vermeiden. Polizei und Gerichte sind machtlos – oder schauen weg.

Mindestens zwanzig Initianden sind seit Beginn der sommerlichen Initiationsaison in der östlichen Kap-Provinz im November 2024 verstorben. Dies gab der nationale Vorsitzende des *Verbands traditioneller Autoritäten*, Chief Mathupa Mokoena, am 24. Dezember vorigen Jahres bekannt. Es sei schockierend, daß in dieser Provinz jedes Jahr Todesfälle während der sogenannten *bush schools* zu verzeichnen seien. 2023 habe es in der Sommersaison 35 Tote gegeben, im Jahr zuvor 23 – das sei ein „nationales Desaster“. Ernsthafte Maßnahmen seien erforderlich, um das Problem in den Griff zu bekommen. Der *Congress of Traditional Leaders of South Africa* (Contralesa) habe daher verfügt, die Initiationsriten für zwei Jahre auszusetzen, um den Beteiligten Zeit geben, eine Neuordnung der traditionellen Zeremonien auszuarbeiten.

Laut Zolile Williams, dem zuständigen Mitglied der Provinzregierung von Eastern Cape, sterben die meisten Initianden an Dehydrierung. Kein Wasser zu trinken, trage laut den Veranstaltern der Initiationschulen zur schnelleren Heilung der Beschnei-

dungswunden bei. „Dies ist unrichtig“, so Williams, „der Körper eines Menschen braucht Wasser, um gut zu funktionieren.“ In der Regel würden die Buben darüber hinaus in die *bush schools* aufgenommen, ohne ihren aktuellen Gesundheitszustand zu überprüfen. Weitere Problemfelder seien unsachgemäße Beschneidung, fehlende Betreuung und zunehmende Kriminalität unter dem Deckmantel von „Tradition“.

Vielfach würden die Initianden ihre Medikamente absetzen und kein Wasser mehr trinken, weil sie von Traditionalisten als „minderwertige Männer“ stigmatisiert würden. Neben Dehydrierung seien Blutvergiftung, Halluzinationen und Atemprobleme verantwortlich für die Todesfälle.

Zwar seien die Behörden in Zusammenhang mit den traditionellen Führern um Aufklärung bemüht, so Williams. Mehr als 300 „traditionelle Chirurgen“ und Mitarbeiter seien in den letzten Jahren in Kursen geschult worden. Diese Bemühungen würden jedoch vielfach von Traditionalisten zu-

nichte gemacht, unter denen sich auch Lehrer und sogar Eltern befinden. Letztere schicken ihre Kinder des öfteren in illegale Initiationschulen, wo sie von nicht ausgebildeten Chirurgen ohne angemessene Untersuchung beschnitten werden. „Diese illegalen Schulen sind zu Schulen des Todes geworden, in denen Initianden aufgrund von Unwissenheit und Mißachtung des Gesetzes einem hohen Risiko ausgesetzt sind.“ Oft werden sie in unzugänglichen Gebieten abgehalten, und die

Behörden erfahren davon erst, wenn es zu Problemen gekommen ist. „In diesen Fällen sind die Eltern für den Tod ihrer Kinder verantwortlich“, so Williams. 23 Personen seien 2024 wegen illegaler Beschneidungspraktiken verhaftet worden, von denen zwei tödlich endeten.

Dr. Zweli Mkhize, der Vorsitzende einer Untersuchungskommission, forderte die Polizei zu härterem Durchgreifen auf. „Südafrika muß gegen diese Todesfälle kämpfen, wie es gegen HIV und Covid gekämpft hat.“

Quelle: <https://www.citizen.co.za>

Lange ausgeblendet: Koloniale Vergangenheit

Schweizerisches Nationalmuseum (Hg.): **kolonial – Globale Verflechtungen der Schweiz** (Scheidegger & Spiess, Zürich 2024). 288 S.

Der Fall ist ähnlich gelagert wie in Österreich. Als Binnenland wähnt man sich frei von jener Geschichte, die sich global abspielt. Für die Schweiz gilt dies noch mehr als für Österreich, das immerhin bis 1918 imperiale Großmacht mit Seegeltung war. Doch die spätere Verdrängungsgeschichte funktionierte in beiden Ländern auf ähnliche Weise und ist eng verbunden mit dem jeweiligen Selbstverständnis als neutrales Land. Wie in Österreich begann auch in der Schweiz während der vergangenen Jahre endlich eine kritische Auseinandersetzung mit jenen Teilen der Geschichte, die mit diesem neutral-friedfertigen Selbstverständnis nicht so recht zusammenpassen.

Aus dieser wissenschaftlichen Beschäftigung resultierten Publikationen und Ausstellungen – zuletzt die Schau „kolonial – Globale Verflechtungen der Schweiz“ im Schweizerischen Nationalmuseum in Zürich. Diese stellt gewissermaßen einen ersten Höhepunkt der Neuverortung der Schweiz innerhalb der europäischen Kolonialgeschichte dar. Das bis vor kurzem betriebene „Ausklammern der schweizerischen Mitwirkung am europäischen Kolonialismus hat die Annahme begünstigt, dass der schweizerische Kleinstaat auch in dieser Hinsicht ein ausserhalb der allgemeinen Geschichte liegender Sonderfall sei“, schreibt Georg Kreis im Katalog

zu der im Jänner 2025 zu Ende gegangenen Zürcher Ausstellung.

Begonnen hat diese Neuverortung der Schweiz mit Publikationen wie dem von Patricia Purtschert und Barbara Lüthi 2012 herausgegebenen Sammelband „Postkoloniale Schweiz“ oder der kurz davor publizierten Dissertation „Koloniale Schweiz“ von Andreas Zangger. Diese Bücher standen am Beginn einer neuen „Sensibilität“, durch die „*Verstrickungen schweizerischer Akteurinnen und Akteure mit dem ‚Rest der Welt‘ in genereller Weise stärker wahrgenommen werden und, konkreter, in der Folge auch die Teilhabe am europäischen Kolonialismus sozusagen entdeckt wurde*“, wie Georg Kreis schreibt.

Den wissenschaftlichen Pionierarbeiten folgten viele weitere Untersuchungen zu Teilaspekten einer Schweizer Kolonialgeschichte. In der Zürcher Ausstellung wurden nun viele dieser Teilaspekte und Themen zusammengetragen und einem großen Publikum präsentiert.

Die Palette der Themen ist breit und reicht von der Rolle großer Schweizer Unternehmen im globalen Handel zur Zeit des Kolonialismus über das Wirken von Missionsgesellschaften, die Umtriebe von Forschungsreisenden und -expeditionen bis zum ausgeprägten Schweizer Söldnerwesen und der mit alledem verbundenen „Rassenforschung“. Das Fortwirken dieser vielfältigen Verflechtungen bis in die Gegenwart rundete die Ausstellung ab. Beim Gang durch die Ausstellung stellte sich das Gefühl des Abschreitens dieser Themenpa-



lette ein. Die einzelnen überzeugend aufbereiteten und präsentierten Kapitel standen etwas unvermittelt nebeneinander, Querverbindungen zwischen den Teilaspekten, die große Zusammenschau, fehlten. Dennoch leisten Ausstellungen wie Katalog einen wertvollen Beitrag zu der weiterhin nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung mit einem Kapitel der Schweizer Geschichte, das lange ignoriert oder ausgeblendet wurde.

Die Beobachtung von Georg Kreis im Katalog, daß erst die wissenschaftliche Konjunktur zu dieser Beschäftigung führte, ist bedenkenswert: „*Selbst von der in den 1960er-Jahren aufkommenden ‚Dritte-Welt-Bewegung‘ wurde die ausbleibende Auseinandersetzung mit der schweizerischen Teilhabe an Kolonialregimen nicht als Defizit bemängelt. Ihr im wachen Bewusstsein für die materiellen Bedürfnisse der ‚Dritten Welt‘ entwickeltes Engagement erfolgte ausgesprochen gegenwarts- und zukunftsbezogen und ohne Blick auf die Vergangenheit.*“ Die Beobachtung, daß auch hellwache politische Bewegungen Offensichtliches ausblenden können, sollte hellhörig machen. Die Ausstellung wird laut Museum 2026 „in angepasster Form“ im Château de Prangins, einer Dependence des Schweizerischen Nationalmuseums, zu sehen sein (<https://www.landesmuseum.ch/kolonial>).

Simon Loidl

Florian Jungmann – Martin Krieger (Hgg.), **Dänemark als globaler Akteur (17.–20. Jahrhundert). Koloniale Besitzungen und historische Verantwortung** (Kiel, Solivagus Praeteritum, 2024). 314 S.

Auch Dänemark zählt zu den in der Regel übersehenen Staaten in Europa mit kolonialer Vergangenheit – was umso mehr erstaunt, als es sich hier sogar um eine „richtige“ Kolonialmacht handelte. Schon 1616 – ein Jahrhundert früher als in Österreich – wurde in Kopenhagen die Ostindische Kompanie gegründet, und im Lauf der Zeit kam ein hübsches Sortiment kolonialer Stützpunkte zusammen: in Indien, Ghana und auf den Virgin Islands, ganz abgesehen von den Inseln im Nordatlantik, den Sonderfällen Grönland und Island. Waren das Kolonien – oder Teile des dänischen Staatsgebiets? Eine Frage, ähnlich gelagert wie Bosnien in Bezug auf Österreich-Ungarn, mit der sich Martin Krieger und Anna Agnarsdóttir auseinandersetzen. Der vielfältige Band möchte einen „*allgemeinen Überblick über vier Jahrhunderte dänischer Kolonialgeschichte*“ vermitteln und zugleich Einblicke in aktuelle Forschung und neue Perspektiven eröffnen. „*Ebenso soll nach dem kolonialen Erbe und nach den Möglichkeiten seiner Aufarbeitung in der Gegenwart gefragt werden.*“ (S. 12).

Einen einleitenden Überblick gibt Michael Bregnsbo, gefolgt von wichtigen Einzelaspekten wie dem Aufsatz von Florian Jungmann über die „Hof- und Kammermohren“ in der dänischen Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts oder von Ulrich van der Heyden über den Sklavenhändler Heinrich Ludwig von Schimmellmann (ein of-

fensichtlich über Dänemark gehandelter Sklave aus Christiansborg/Accra diente übrigens um 1780 in Wien).

Diesen ersten Teil folgen regional gegliederte Aufsätze, die sich jeweils mit der Ereignisgeschichte, den materiellen Zeugnissen der dänischen Kolonialpräsenz (z. B. eindrucksvollen Festungen) und mit deren Widerspiegelung in Alltag und Erinnerungskultur der jeweiligen

Staaten heute auseinandersetzen. Hervorzuheben sind u. a. die Beiträge von S. Jeyaseele Stephen über Tranquebar in Ostindien, Bea Lundt über Fort Christiansborg (Ghana) oder Ulla Lunn über das materielle Kulturerbe auf den Jungferninseln (heute USA).

Das verständlich geschriebene (bzw. übersetzte) Buch bietet einen sehr nützlichen Einstieg in eine Kolonialgeschichte, die nicht nur im übrigen Europa, sondern auch in Dänemark selbst wenig beachtet wird. Der Fokus liegt auf den kolonialen Stützpunkten, d. h. den territorialen Besitzungen in Übersee (und im Nordatlantik). Zu kurz kommt meiner Ansicht nach die Teilnahme Dänemarks am kolonialen Handel mit anderen Regionen als den eigenen Stützpunkten, d. h. seine Einbeziehung in informellen Imperialismus. Dies ist den Herausgebern auch durchaus bewußt (S. 13) und wird vielleicht in zukünftigen Forschungen eine größere Rolle spielen.

Walter Sauer

Lucile Dreidemy – Johannes Knierzinger – David Mayer – Clemens Pfeffer (Hgg.), **Stimmen des Antikolonialismus. Eine globalhistorische Spurensammlung 1615–1915** (Wien, Mandelbaum, 2025). 490 S.



Das dänische Fort Christiansborg in Accra (heute Osu Castle)

Die Geschichte des Antikolonialismus ist so alt wie die Geschichte der kolonialen Expansionen. Neben dem Widerstand gegen die militärische Unterwerfung stemmten sich die Kolonisierten auch gegen die ideologischen Fundamente der Zwangsherrschaft. Diese antikolonialen Gegendiskurse stehen im Zentrum des Bandes, der einen breiten historischen Bogen vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg spannt und Texte aus unterschiedlichen Weltregionen präsentiert. Die Sammlung ermöglicht einen unmittelbaren Einblick in die Sprache und Artikulation des Widerstands. Begleitende Kommentare kontextualisieren die Quellen und liefern erste Interpretationsansätze. Sichtbar wird dabei nicht nur das Vermächtnis antikolonialer Stimmen, sondern auch ihr zentraler Beitrag zur globalen Ideengeschichte der Moderne.

Mit Texten von Felipe Guamán Poma de Ayala, Kondiaronk, Pompée Valentin Vastey, Roberto Botefeur, José Rizal, Edward Wilmot Blyden, José Martí, Sun Yat-sen, Musa Sayrami, J. E. Casely Hayford, Mahatma Gandhi, Gopal Krishan Gokhale und W. E. B. Du Bois. Ein zweites Band mit späteren Texten ist geplant.

... sadocc news ...

Aktion zur Rettung der SADOCC-Bibliothek. Vor dreißig Jahren – anlässlich der ersten freien Wahlen in Südafrika – begann das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika mit dem Aufbau einer Bibliothek in Wien. Die Transformationsprozesse im Südlichen Afrika und ihre historischen Wurzeln sollten für Wissenschaft, Politik und Medien in Österreich zugänglich gemacht werden.

Angesichts der stark gestiegenen Mietkosten ist die weitere Existenz der Bibliothek – und des Veranstaltungsraums – jedoch akut gefährdet!

Unter dem Ehrenschutz von Karl Markus Gauß hat SADOCC daher eine Bausteinaktion gestartet, die sich in erster Linie an prominente Zeitgenossen richtet, denen die Erhaltung des österreichischen Kulturerbes ein Anliegen ist – auch wenn das Südliche Afrika nicht ihr Hauptinteresse darstellt.

In dem Appell heißt es u. a.: *„Die Bibliothek (nahezu 20.000 katalogisierte Titel) ist interdisziplinär angelegt, ihr Schwerpunkt liegt auf Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Religion. Besonders berücksichtigt sind Autorinnen und Autoren aus dem Südlichen Afrika selbst. Viele Publikationen sind weder in hiesigen öffentlichen Bibliotheken vorhanden noch über open access zugänglich. Neben den Basler Afrika-Bibliographien zählt die Wiener SADOCC-Bibliothek zu den führenden einschlägigen Instituten in Europa. Angeschlossen sind ihr Foto-, Video- und Plakatsammlungen sowie das Archiv der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich.“*

FORUM SÜDLICHES AFRIKA

in der SADOCC-Bibliothek
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Donnerstag, 24. April 2025, 19.00 Uhr**Vom Meer auf den Tisch**

**Ökologische und sozial nachhaltige Entwicklungen
in Tanzanias Fischerei**

ULRIKE KLOIBER (Wien)

Fisch und andere Meeresfrüchte stellen einen großen Teil der Eiweißversorgung in Tanzania dar. Mit der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Tourismus nimmt die Nachfrage weiter zu und bedroht gefährdete Arten. Im Vortrag wird auf die Zusammenhänge zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit in der Fischereiindustrie Tanzanias eingegangen.

Zudem wird ein privates Meeresschutzgebiet in Zanzibar vorgestellt, das Hotels, Restaurants und Tourismusbetriebe sensibilisiert, um die Nachfrage in Richtung nachhaltigerer Fischereiprodukte zu lenken.

Wie ähnliche Einrichtungen ist die Bibliothek jedoch akut gefährdet. Bisher konnten die laufenden Kosten aus dem Vereinsbudget gedeckt werden (Mitgliedsbeiträge, Spenden etc.). Innerhalb der letzten fünf Jahre sind (auch im Gemeindebau) die Miet- und Energiekosten jedoch um über 35% gestiegen und belaufen sich derzeit auf rund 12.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommt der Aufwand für Instandhaltung, Programmupdates, den geplanten Internetkatalog und Neuerwerbungen. Dies ergibt in etwa ein Gesamtbudget von Euro 20.000 pro Jahr. Auch wenn Katalogisierung und Benützerservice ehrenamtlich erfolgen, stoßen wir angesichts dessen an eine Grenze.

Wir ersuchen Sie um den Kauf von Bausteinen in Höhe von 150, 100 oder 50 Euro, gewidmet für die

SADOCC-Bibliothek. Wir hoffen, mit dem Ertrag die Hälfte der 2025 auflaufenden Kosten abdecken zu können; der Rest kommt aus Eigenmitteln.“

Unterstützt wurde die vor kurzem angelaufene Aktion bisher vom ehem. ÖGB-Präsidenten Erich Foglar, dem Wiener Landtagspräsidenten Ernst Woller, dem Publizisten Peter Huemer, der Künstlerin Cornelia Mittendorfer oder dem Verlegerehepaar Heribert und Reingard Grübl-Steinbauer (vollständige Liste im nächsten Heft).

Wir bitten unsere Mitglieder um Weiterverbreitung des Appells. Spenden für „Bausteine“ werden erbeten auf das SADOCC-Konto bei der Unicredit Bank Austria,
IBAN AT 57 1200 0006 1051 2006 (SADOCC), Kennwort „Bibliothek“.

Impressionen aus aus Mbeya (Tanzania)

von Stefan Fischer



Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOCC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



RADIO INDABA



beleuchtet alle zwei Monate aktuelle Themen und Entwicklungen im südlichen Afrika. Wir interviewen Expert*innen und Akteur*innen zu Ereignissen in Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft.

Auch die Beziehungen zwischen Österreich/Europa und dem südlichen Afrika sowie Geschichten von Menschen aus der Region, die in Österreich leben, sind uns ein großes Anliegen.



Mit Radio Indaba möchten wir vorherrschende mediale Narrative über Afrika durchbrechen. Statt nur ÜBER das südliche Afrika zu berichten, lassen wir vor allem Stimmen AUS der Region zu Wort kommen, für eine differenzierte und realitätsgetreue mediale Darstellung.

Radio Indaba (Gestaltung: Alexander Kupfer) läuft jeden zweiten Monat am ersten Donnerstag um 16 Uhr auf Radio Orange 94.0 in Wien. Alle Sendungen sind auch über die SADOCC-Website (<https://www.sadocc.at/radio-indaba-archiv/>) und das Cultural Broadcasting Archive (CBA) nachhörbar.

Unbedingt einschalten zur nächsten Ausgabe am 3. April 2025!

Mit Beiträgen zu Zambia, zum Verhältnis EU – Südliches Afrika sowie Impressionen aus der Präsentation des von William Kentridge und Bronwyn Lace gegründeten Centre for the Less Good Idea in Johannesburg im Forum Südliches Afrika der SADOCC am 20. März.

